

Paroli

Linke Blätter
für Stadt,
Landkreis und
Universität
Ausgabe Nr. 20
April/Mai 2013

„Sozial geht vor“ bei Landtagswahl

Cernaj und Schalauske für UKGM-Rückführung, bezahlbaren Wohnraum, soziale Energiewende

Fast einstimmig wählte DIE LINKE Marburg-Biedenkopf am 16. Februar ihre Direktkandidat/innen für den Landtag. Bei nur einer Gegenstimme und einer Enthaltung wurde die Medizinjournalistin und Kreisratsabgeordnete Dr. Ingeborg Cernaj als Bewerberin im Wahlkreis 12 gewählt, der das Hinterland und Gemeinden im Süden und Norden des Landkreises umfasst.

Die 1943 in der Tschechoslowakei geborene Cernaj, die in Kirchhain lebt, will sich vor allem für eine gute Entwicklung im ländlichen Raum, eine solidarische Gesundheitsversorgung für alle Patient/innen sowie für eine sozialverträgliche Energiewende einsetzen.



▲ Jan Schalauske und Ingeborg Cernaj sind die Direktkandidat/innen der LINKEN bei der hessischen Landtagswahl

Einstimmig nominierten die 30 anwesenden Mitglieder der LINKEN den 32-jährigen Doktoranden und Angestellten Jan Schalauske zum Direktkandidaten im Wahlkreis 13, der Marburg und die Ostgemeinden umfaßt. Schalauske ist seit 2009 Kreisvorsitzender der LINKEN und

seit 2011 Stadtverordneter für die Fraktion Marburger Linke. Als Schwerpunkte benannte der Marburger den Kampf gegen Niedriglöhne, für bezahlbaren Wohnraum und für die Rückführung des Universitätsklinikums Gießen-Marburg in öffentliches Eigentum.

Diese sind neben einer besser finanzierten Bildung auch wichtige Punkte im Entwurf des Landtagswahlprogramms, das Willi van Ooyen, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Hessischen Landtag, vorgestellte. „Wer soziale Gerechtigkeit will, muss die Reichen und Konzerne stärker besteuern“ brachte van Ooyen eine Kernforderung der LINKEN auf den Punkt.

Beim Parteitag der hessischen LINKEN am 12.-14. April wurde Schalauske mit über 90 Prozent der Stimmen auf Platz 8 der Landesliste gewählt. Adnan Yildirim (Kreisratsmitglied aus Dautphetal) und Ingeborg Cernaj belegen die Plätze 18 und 19.

Renate Bastian

Prüfen statt kungeln

Linke fordert Stelle für kommunale Betriebsprüfungen

Durch Steuerhinterziehung entgehen dem Fiskus jährlich schätzungsweise 100 Mrd. Euro. Superreiche und Großunternehmen parken gewaltige Geldmengen in Steueroasen wie Luxemburg oder Schweiz. In Wahlkampfzeiten wird das Problem auch von der hessischen SPD entdeckt. Lautstark fordert ihr Vorsitzender Thorsten Schäfer-Gümbel: „Kein Pardon für Steuerhinterzieher“. 100 neue Steuerprüfer/innen sollen in Hessen eingestellt werden.

Bis Marburg haben sich die Pläne noch nicht herum gesprochen. Auf scharfe Ablehnung nicht nur der SPD sondern auch der anderen

Fraktionen stieß das Ansinnen der Marburger Linken, eine neue Stelle in der Stadtverwaltung für die Teilnahme an Betriebsprüfungen der Steuerbehörden zu schaffen. Auch wenn städtische Betriebsprüfer/innen nach Gesetzeslage kein eigenes Prüfungsrecht haben, eröffnet der Gesetzgeber die Möglichkeit, über Begleitung, etwa durch Akteneinsicht, die Prüfung zu intensivieren und damit Fehler bei der Berechnung der Gewerbesteuer zu vermeiden.

Fortsetzung S. 3

Kommentar

Sozial vor der Wahl

„Links wirkt“, könnte man meinen, wenn man sich das „Sofortprogramm“ zur „Schaffung von bezahlbarem Wohnraum“ in Marburg, das am 26. März vom Stadtparlament verabschiedet wurde, anschaut. Bis vor kurzem bekamen nicht nur die Marburger Linke, sondern auch viele Initiativen, wenn sie die hohen Mieten und fehlenden Sozialwohnungen in der Innenstadt kritisierten, von OB Vaupel und Bürgermeister Kahle immer zu hören, der Markt würde das Problem lösen. Man müsse die Privatinvestoren nur machen lassen. Außerdem wären in der Innenstadt keine bebaubaren städtischen Flächen vorhanden.

Plötzlich scheint das alles nicht mehr zu stimmen. 1,5 Mio. Euro sollen als Zuschüsse zum Neubau oder zur Sanierung von Mietwohnungen ausgegeben werden. Bedingung ist eine Mietpreisbindung über 15 Jahre. Und sogar eine „Aktivierung von bebaubaren innerstädtischen Flächen“ ist geplant.

Was hat den rot-grünen Kurswechsel bewirkt? Doch nicht etwa die anstehenden Wahlen, dann wäre womöglich 2014 schon wieder Schluss? Vielleicht erklären sich so auch die emsigen Aktivitäten der Marburger SPD und ihres Landtagskandidaten Thomas Spies für die Kampagne „UmFairteilen“ der Sozialverbände und Gewerkschaften. Welche Parteien hatten noch den Spitzensteuersatz gesenkt, Hartz IV eingeführt und allerlei riskante Finanzgeschäfte erlaubt?

Schade, dass Wahlen nicht jährlich stattfinden – dann könnte man sich Worte und Taten besser merken.

Nico Biver

30. April
Gysi kommt
Vormai-Veranstaltung des DGB
17.00 Uhr, Bürgerhaus Cappel

1. Mai
Demonstration
11 Uhr, DGB-Haus
Kundgebung und Fest
12.30 Uhr, Blochmann-Platz

1. MAI UNSER TAG
1. MAI 2013
GUTE ARBEIT. SICHERE RENTE.
SOZIALES EUROPA.

Werksfeuerwehr beim UKGM durchgesetzt

Die Fraktion der Marburger Linke hat am 22. März mit zwei erfolgreichen Anträgen zur Einrichtung einer Werksfeuerwehr an der Uniklinik (UKGM) und zum Erhalt der Dienstwohnungen von Feuerwehrleuten für die Marburger Feuerwehr „in einer Woche mehr in Bewegung gebracht, als in zwei Jahren zuvor“. Diese Aussage auf der Jahreshauptversammlung der Feuerwehr Marburg-Mitte stieß auf großen Beifall.

Die Folge war, dass das Regierungspräsidium endlich aktiv wurde und das UKGM die Schaffung einer Werksfeuerwehr bis Ende 2013 zu-

gesagt hat. Das UKGM hatte sich bisher dreist der weit kostengünstigeren Ehrenamtlichkeit von bis zu 120 Marburger Feuerwehrleuten

bedient, die etwa 50 mal im Jahr nachts ausrücken müssen – nicht selten aufgrund eines Fehlalarms oder eines verkohlten Toasts.

Will die Feuerwehr ihren hohen Standard einhalten, bei fast 90% ihrer Einsätze die Hilfsfrist von 10 Minuten einzuhalten, braucht sie gute Ausbildungs- und Sportmöglichkeiten, möglichst moder-

nes Gerät, aber eben auch Wohnungen nah am Ausrückstandort. Wohnungen auf der Hauptfeuerwache zugunsten der Ordnungspolizei zu entwiden, wie es der Magistrat plant, wäre ein Schildbürgerstreich. Für die Ordnungspolizei gibt es mehrere Alternativlösungen. Nun soll es Veränderungen nur im Konsens mit der Feuerwehr geben.

Wie in einem Brennglas verdichten sich bei der Feuerwehr drei kommunale Problembereiche: die wachsende Wohnungsnot – die Feuerwehr benötigt zehn bezahlbare Wohnungen in Stützpunktnähe –, das Einnahmeproblem der Stadt, welches Investitionen im Wohnungsbau behindert, sowie die Profitsucht der Rhön-Klinik AG, diesmal auf Kosten ehrenamtlicher Feuerwehrleute. *Henning Köster*



Foto: Hartwig Bambeby

▲ Nachteinsatz der Marburger Feuerwehr am Richtsberg

Regelmäßige Termine

im LINKEN-Büro, Bahnhofstr. 6, Marburg Eingang rechte Hausseite

► **Mitgliederversammlung** der LINKEN Marburg-Biedenkopf, am 3. Do. des Monats, 19.30 Uhr

► **Marburger Linke, Fraktion und Liste**, montags, 20.00 Uhr

► DIE LINKE. **Kreis AG**, mittwochs, 19.00 Uhr

► Der **Studierendenverband SDS.DIE LINKE** trifft sich dienstags, 20 Uhr. www.sds-marburg.de

► **Stammtisch** der LINKEN jeden 1. Mittwoch, ab 20 Uhr Schamdan, Weidenhäuser Str. 72

Impressum

Paroli

Herausgeber: DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf, Fraktion Marburger Linke, Fraktion DIE LINKE im Kreistag

Redaktion: Renate Bastian (verantw.), Nico Biver, Ingeborg Cernaj, Jan Schalauske, Hajo Zeller

Layout: Nico Biver

Redaktionsschluss: 14.4.2013

Kontakt

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf
Bahnhofstr. 6, 35037 Marburg
Tel. 06421-163873, Fax 175618
info@die-linke-marburg.de
www.die-linke-marburg.de

Kleinod darf nicht sterben

Neuen Botanischen Garten als hessisches Denkmal erhalten

Urbane Lebensqualität hängt nicht zuletzt davon ab, welchen grünen Naherholungsraum es gibt. Marburg kann sich glücklich schätzen, ein Kleinod wie den Neuen Botanischen Garten praktisch vor der Haustüre zu haben. Das muss geschützt werden, so die Meinung der Marburger Linken. Die städtischen Pfennigfuchser, unter ihnen Baudezernent und Bürgermeister Kahle und die Uni-Präsidentin, überlegen aber nur, was die Unterhaltung zum Beispiel der Gewächshäuser kosten könnte. Wie man Geld ausgibt, ist aber allemal eine politische Entscheidung.

Die imposante Gartenlänge auf den Lahnbergen wurde 1966 von Prof. Günther Grzimek entworfen. Sie dient neben der Freizeitgestaltung auch wissenschaftlichen und Forschungszwecken. Es liegt nun der Unteren Denkmalschutzbehörde Marburgs ein Gutachten aus Wiesbaden vor, das die Aufforderung, enthält, den Neuen Botanischen Garten unter Denkmalschutz zu stellen. Darin heißt es: „Der Neue Botanische Garten mit architektonisch gestaltetem Eingangsbereich durch Verwaltungs- und Gärtnereigebäude, mit seinen Pflanzenhäu-

sern und der angelegten Teichfläche sowie mit der ablesbaren konzeptionellen Gestaltung durch den Landschaftsarchitekten Prof. Grzimek mittels eines organischen Wegesystems und begleitendem Wasserlauf stellt aus gartengestalterischen und baugeschichtlichen Gründen ein Kulturdenkmal dar.“

Jetzt geht es vor allem um die finanzielle Absicherung. Die ist leider immer noch nicht gegeben. Deshalb brachte die Marburger Linke einen dringlichen Antrag ein, wonach das Land Hessen gebeten wird, nach der erfolgreichen Aufnahme in die hessische Denkmalliste als Garten- und Parkanlage, sich um Fördermittel für den Neuen Botanischen Garten u.a. bei der Deutsche Stiftung Denkmalschutz zu bewerben, um den weiteren Fortbestand zu gewährleisten. Dies ist nun die einstimmige Meinung des Stadtparlaments.

Hintergrundinformationen finden sich auch unter: www.das-marburger.de.

Tanja Bauder-Wöhr

Alten Botanischen Garten schützen

Das 200-jährige Gartendenkmal am Pilgrimstein soll als Oase der Ruhe und Erholung erhalten bleiben. Deshalb war Konsens bei allen Veranstaltungen zum Campus Firmanei, dass der Alte Botanische Garten nicht als Abkürzung zur neuen Unibibliothek benutzt werden darf. Dort gibt es über 200 Gehölze aus aller Welt und fast 100 Vogelarten, davon 39 seltene, die auf der Roten Liste Hessen stehen.

Deshalb ist es unverständlich, dass das Baudezernat Pläne für einen asphaltierten Weg quer durch den Park zur Nutzung durch Gehbehinderte nicht aufgibt. Dieser Vorschlag traf im Umweltausschuss auf breite Ablehnung. Eine sinnvollere und kaum teurere Lösung wäre der Bau eines Aufzugs am Pilgrimstein auf Höhe der neuen Bibliothek.

Johannes Linn



Foto: Johannes Linn

Pharma zahlt am meisten

Marburger Linke schenkt Magistrat Gewerbesteuerstatistik

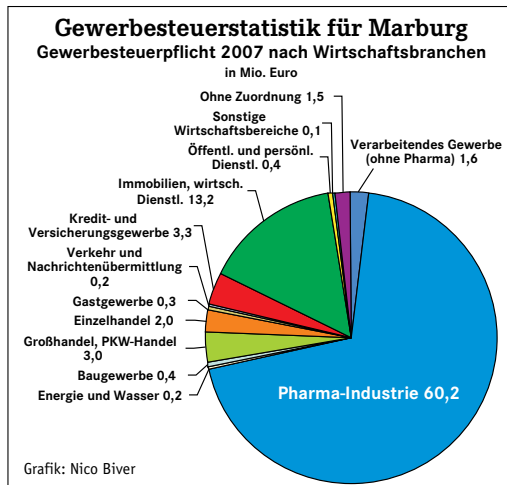
Den größten Anteil am Gewerbesteueraufkommen der Stadt Marburg hat die Pharmabranche. Das geht aus einer statistischen Auswertung des Hessischen Statistischen Landesamts hervor, die die Marburger Linke in Auftrag gegeben hatte.

Im Jahr 2007, dem letzten, für welches Daten vorliegen, betrug die Gewerbesteuerpflicht der sechs Pharma-Betriebe in Marburg 60,2 Mio. Euro. Das sind 69,6 % der Summe von 86,4 Mio. Euro, die alle 2.082 Marburger Gewerbebetriebe für 2007 zu zahlen hatten. Den zweitgrößten Anteil (15,2 %) haben Unternehmen aus den Bereichen Immobilien und wirtschaftliche Dienstleistungen. Darunter fällt offenbar auch die DVAG Holding der Pohl-Familie, die ihre Gewerbesteuerzahlungen für 2007 selbst auf 10,8 Mio. Euro bezifferte. Der Einzelhandel kommt auf einen Anteil von 2,4 %. Die Zahlen des Statistischen

Landesamts machen auch sehr starke Schwankungen in der Struktur und der Höhe der Gewerbesteuerzahlen deutlich. 2007 war ein Spitzenjahr. 2004 betrug die Gewerbesteuerpflicht der Marburger Unternehmen nur 27 Mio. Euro.

2001 lag der Anteil der Pharmaindustrie bei 43 Prozent, 2004 nur bei 11 Prozent. Gründe dafür sind Schwankungen bei den Gewinnen der Unternehmen. 2007 erzielten Novartis und CSL Überschüsse in der Größenordnung von jeweils 200 Mio. Euro, während 2004 teilweise Verluste gemacht wurden.

Dass die Gewerbesteuereinnahmen der Stadt Marburg sich nach



Fortsetzung von S. 3

Prüfen statt kungeln

Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer in der Universitätsstadt werden in erster Linie von großen Aktiengesellschaften gezahlt, die auf weltweiten Märkten agieren. Die Marburger Linke meint, es wäre lohnenswert, den Großkonzernen genauer auf die Finger zu schauen, um zu prüfen, ob alles, was in Marburg versteuert werden müsste, auch hier in deklariert wird.

Die Erfahrungen in anderen Städten wie etwa in Köln zeigen, dass durch kommunale Betriebsprüfungen Mehreinnahmen in Millionenhöhe erzielt werden können. Der Vorschlag versteht sich, anders als von konservativer Seite unterstellt wird, nicht als Kritik an den Mitarbeiter/innen in der Kämmererei und

in den Finanzbehörden. Ihre Arbeit soll durch mehr Personal schließlich unterstützt werden. Oberbürgermeister und Kämmerer Egon Vaupel konnte sich dennoch nicht für das Vorhaben erwärmen. Wie aus der Debatte um die Höhe des Gewerbesteuerhebesatzes bekannt, präferiert der OB ohnehin das Gespräch mit den ansässigen Großunternehmen hinter den Kulissen.

Ähnlich sieht das in Berlin Peer Steinbrück. Der SPD-Kanzlerkandidat erklärte jüngst vor Vertreter/innen von Großkonzernen, „die Wirtschaft brauche keine Sorge vor einer SPD-Regierung zu haben, auch in der Steuerpolitik werde es keine Wende nach links geben.“

Jan Schalauske

2007 auf einem Niveau von 70 bis 80 Mio. Euro einpendelten, dürfte weiterhin mit den hohen Gewinnen in der Pharma-Branche und vor allem der CSL Behring GmbH zu tun haben, die seit 2009 jährlich über 300 Mio. Euro einfährt. Die Bedeutung der DVAG hat jedoch abgenommen. Nach eigenen Angaben sanken die Gewerbesteuerzahlungen bis 2010 auf 4,5 Mio. Euro. Das sind nur noch gut 5 % der gesamten Gewerbesteuereinnahmen.

Die Marburger Linke hatte sich an das Statistische Landesamt gewandt, weil der Marburger Magistrat sich geweigert hatte, Fragen der Fraktion zu beantworten. Angeblich verfüge man nicht über die entsprechende Software und deshalb würde ein Zeit- und damit Kostenaufwand entstehen, der vom zuständigen Personal nicht zu leisten wäre. Das hatte auch niemand verlangt – eine Nachfrage beim Statistischen Landesamt hätte völlig gereicht.

Und außerdem gelte das Steuergeheimnis. Durch die Herausgabe der gewünschten Zahlen könnten Rückschlüsse auf ein einzelnes Unternehmen gezogen werden. Dass das Statistische Landesamt, das auch an das Steuergeheimnis gebunden ist, die Daten geliefert hat, zeigt, dass es sich beim Magistrat um hausgemachte Geheimniskrämerie handelt.

Die Marburger Linke wird dem Magistrat die Auswertung der statistischen Landesamtes schenken, damit er wenigstens für den internen Gebrauch über die Struktur der Marburger Gewerbesteuereinnahmen informiert ist. Nico Biver

Dämpfer für rechte Burschenschaften

Als „historisch“ bezeichnete Oberbürgermeister Egon Vaupel die einmütige Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung zum Antrag der Marburger Linken, dass „politische und öffentliche Aktivitäten studentischer Verbindungen und ihrer Mitglieder, die der rechtsextremen Deutschen Burschenschaft angehören, in Marburg nicht erwünscht sind.“ Mehrheitlich wurde zudem gefordert, alle rechtlichen Mittel auszuschöpfen, die Aktivitäten zu verhindern.

Folgerichtig stimmte die StVV gegen die scharfe Opposition der CDU auch der Forderung von Linken, Grünen und SPD zu, wie schon im letzten Jahr keine Erlaubnis für den Marktfrühschoppen auf dem Markt zu erteilen.

Die Befürworter des Marktfrühschoppens verarmen ihn weiter als „Biertrinken der Bürger mit den Studenten“. Aber das ist bei vielen anderen Festen in Marburg möglich – ohne dass Burschenschaftern, die der Deutschen Burschenschaft angehören, eine Bühne geboten wird. Während über die Wirksamkeit eines NPD-Verbots diskutiert wird, wollen CDU und Bürger für Marburg ungeniert mit Leuten feiern, die in ihrem Blatt „Burschenschaftliche Blätter“ 2010 ein Interview mit einem NPD-Funktionär veröffentlichten und die Aufnahme in ihren Verein von einem rassistischen Ariernachweis abhängig machen. Eva Chr. Gottschaldt

DVAG sponsert CDU, FDP und SPD

Das DVAG-Umfeld war auch 2011 unter den größten Parteispendern. Eine Untersuchung der im März vom Bundestag veröffentlichten Rechenschaftsberichte durch Abgeordnetenwatch ergab, dass die DVAG, die Allfinanz DVAG, die UBG, Reinfried Pohl selbst und der Bundesverband der Vermögensberater mit Parteispenden von 421.500 Euro auf dem dritten Platz lagen. Die Pohl-Firmen spendeten zwar weniger als in 2010 und 2009 als sie mit 1,1 und 0,9 Mio. Euro an der Spitze lagen, aber mehr als in allen Jahren davor.

301.500 Euro flossen an die CDU. Die FDP musste diesmal mit 70.000 Euro auskommen. Die SPD wurde bereits zum dritten Mal bedacht, diesmal mit 50.000 Euro.

Da Spenden bis 10.000 Euro gar nicht veröffentlicht werden müssen, ist nicht bekannt ob und an wen weitere der 51 Firmen, die die Pohl-Familie ihr eigen nennt, spendet haben.

Inwieweit Pohl-Spenden direkt oder auf Umwegen den Marburger Parteien zufließen, lässt sich nicht nachweisen. N.B.

Marburg auf dem Weg zur Pohl-City?

Stellungnahme der Fraktion Marburger Linke zum OP-Interview mit Dr. Reinfried Pohl

Am 14. März hat die Fraktion Marburger Linke eine Erklärung zu einem Interview mit Dr. Reinfried Pohl in der Oberhessischen Presse vom 8., 9. und 11. März 2013 abgegeben, die wir gekürzt wiedergeben. Im Interview hatte sich der Chef der Deutschen Vermögensberatung AG (DVAG) über mangelnde Wertschätzung für seine wirtschaftlichen Aktivitäten und seine Spendentätigkeit beklagt.

Das Interview ist hier nachzulesen:

www.op-marburg.de/Lokales/Marburg/Pohl-In-Marburg-zahle-ich-Gewerbesteuer-freiwillig-und
www.op-marburg.de/Lokales/Marburg/Ich-wuerde-viel-mehr-machen

Die Fraktion der Marburger Linken betrachtet den massiven Einfluss großer Kapitalgesellschaften auf die Stadtpolitik mit großer Sorge. Insbesondere die Art und Weise, wie die DVAG versucht, der Stadt ihren Stempel aufzudrücken, hat schon in der Vergangenheit von der Marburger Linke heftigen Widerspruch erfahren.

Als Marburger Linke bestehen wir darauf, dass die zentralen stadtentwicklungs-, bau- und verkehrspolitischen Entscheidungen nicht vom Gutdünken eines Großinvestors, der sich selbst als Patriarch bezeichnet, dominiert werden. Der Abriss eines denkmalgeschützten Hauses in der Rosenstraße, welches den Plänen der DVAG, das Nordviertel umzugestalten, weichen musste, spricht ebenso Bände für eine Stadtpolitik, die finanzkräftigen Investoren den roten Teppich ausrollt, wie die Aussetzung von Rechtschreibregeln bei der Benennung einer Straße.

Wir erwarten, dass der Magistrat, sich nicht an den Interessen von 60.000 Vermögensberater/innen, sondern an denen der Marburger Bevölkerung orientiert. Die Marburger Linke ist der Auffassung, dass die alte Universitätsstadt an der Lahn zu schön und vielfältig ist, als zu einem einzigen großen Ausbildungs-, Freizeitressort der DVAG entwickelt zu werden. Die Stadt hat es nicht nötig, vom großen Geld aus einem Dornröschenschlaf ge-

weckt zu werden.

Die Stadtverordnetenversammlung ist kein Bittstellergremium, das da Spenden zu bejubeln hat. Sie ist weder rechtlich noch moralisch verpflichtet, drei Millionen für einen Schrägaufzug zu beschließen, nur weil eine Privatperson sich einen solchen wünscht. Sie kann und sollte auch andere Prioritäten setzen, wie den Ausbau des Marburger ÖPNV zu einem attraktiveren und preiswerten Angebot.

Die Marburger Linke lässt sich vom großen Geld weder kaufen noch einschüchtern. Von den Wähler/innen hat sie den Auftrag erhalten, eine soziale und ökologische Stadtentwicklung, eine Stadt für alle Menschen, einzufordern. Ausdrücklich gehört dazu, das große Geld durch Steuern angemessen zur Kasse zu bitten. Herr Dr. Reinfried Pohl wird damit leben müssen.



▲ Beste Freunde: DVAG-Gründer Dr. Reinfried Pohl zwischen Landrat Robert Fischbach (l.) und Oberbürgermeister Egon Vaupel (r.)

Andere Parteien – ob im Bund oder in Marburg – mögen sich über Parteispenden von Herrn Dr. Reinfried Pohl und seinem Firmenimperium freuen. Die Marburger Linke lehnt Parteispenden von Unternehmen ab. Diese bergen immer die Gefahr, dass Politik käuflich wird.

Gerechte Steuern sind notwendig, um ein Gemeinwesen und seine vielen Aufgaben zu bezahlen. Die Erfüllung der Steuerpflicht ist keine freiwillige Goodwill-Angelegenheit, sondern eine gesetzliche Pflicht. Viele tausend Marburger/innen kommen ihr nach.

Die Marburger Linke hält auch

nichts davon, ein Unternehmen zu hofieren, das von der Angst der Menschen lebt, ihren Lebensstandard nicht halten zu können. Das gilt sowohl für die Kunden/innen als auch für die „selbstständigen“ Vermögensberater, deren Einkommen von ihrer „Überzeugungskraft“ abhängt, Produkte der mit der DVAG verflochtenen Firmen zu verkaufen oder selbst neue Vermögensberater/innen zu gewinnen. Das Pohl-Imperium kann dabei auf die Parteien zählen, die von ihm großzügig unterstützt werden, die aber die sozialen Sicherungssysteme derart durchlöchern haben, dass die Menschen sich bei Firmen vom Schlage der DVAG „Rat“ holen müssen, um sich privat abzusichern.

Es ist doch ein Ausdruck verkehrter Verhältnisse, wenn ein Mann wie Dr. Reinfried Pohl mit solchen Finanzgeschäften, dein

kocht und geschlemmt wird. Die Ungerechtigkeit dieser Gesellschaftsordnung, die Spaltung in Arm und Reich, bekommt im Marburger Nordviertel ihr ganz konkretes Gesicht.

Wenn sich das große Geld einer gerechten Besteuerung entzieht, dann fehlen diese Steuereinnahmen für dringend erforderliche Ausgaben im Bildungs- und Sozialbereich, für bezahlbaren öffentlichen Wohnungsbau und den sozialökologischen Umbau. Und wenn Herr Dr. Reinfried Pohl damit wirbt, einen seiner Firmensitze aus Liebe zu Marburg verlagert zu haben, muss gefragt werden dürfen, ob neben romantischen Gefühlen auch der niedrige Gewerbesteuerhebesatz, für diese Entscheidung eine Rolle gespielt hat.

Folgende Zahlen erhärten diesen Verdacht: Nach eigenen Angaben hat die DVAG in den Jahren 1996 bis 2010 76 Mio. Euro an Gewerbesteuer an die Stadt Marburg gezahlt. Wenn Pohl den Firmensitz in Frankfurt am Main belassen hätte, hätte er 17,3 Mio. Euro mehr zahlen müssen. Um diesen Unterschied auszugleichen, müsste noch viel gespendet werden. Es gibt keinen Grund zur Selbstbeweihräucherung, Herr Pohl. Zudem zeigt ein Blick auf die Zahlen: Ein höherer Gewerbesteuerhebesatz, wie ihn die Marburger Linke fordert, würde deutlich mehr Einnahmen in den städtischen Haushalt einbringen, als die Gewerbesteuereinnahmen, die die Stadt von der DVAG erhält.

Für die Marburger Linke ist das Verhalten des Magistrats, im Dumpingwettbewerb mit den anderen Städten und Gemeinden um den niedrigsten Gewerbesteuerhebesatz zu konkurrieren, kritikwürdig. Was im Zeichen von Standortkonkurrenz und Wettbewerb für eine einzelne Kommune scheinbar von Vorteil ist, schadet am Ende der öffentlichen Hand und damit allen Bürger/innen, die auf einen gut finanzierten Sozialstaat angewiesen sind.

Die Marburger Bürger/innen können sich darauf verlassen: Die Marburger Linke bleibt verlässlich sozial. Sie wird dem großen Geld weder den roten Teppich auslegen, noch in den devoten Personenkult um einen Unternehmenspatriarchen einstimmen.

Soziale Mobilität in der Fläche

DIE LINKE beantragt Mittel für Sozialpass und Studie über fahrscheinlosen ÖPNV

Die Arbeitslosigkeit sinkt, der Hartz-IV-Bezug nimmt ab, aber die Armut in Deutschland wächst. Das hat der Paritätische Wohlfahrtsverband in einer Studie im Dezember 2012 nachge-

wiesen. Grund dafür ist die Zunahme von Niedriglöhnen, die nicht zum Leben reichen. Auch in Hessen liegt die Armutsgefährdungsquote 2011 mit einem Anteil von 15,7 Prozent an der Bevölkerung

höher als in den Jahren davor. Im Kreis Marburg-Biedenkopf dürfte sie etwa 10 Prozent (25.000 Personen) betragen haben.

Um diesen Menschen eine stärkere Teilnahme am gesellschaft-

lichen Leben zu ermöglichen, hat die Fraktion der LINKEN für den Kreishaushalt 2013 die Bewilligung von Mitteln für einen Kreissozialpass beantragt. Durch Zuschüsse sollen der Besuch von Bädern, Museen und Kulturveranstaltungen sowie die Nutzung von Bildungsangeboten und Verkehrsdienstleistungen verbilligt oder kostenlos werden. Personen, deren monatliches Einkommen unterhalb der Armutsgrenze liegt, sollen den Kreissozialpass erhalten.

Sozialpässe sind nichts Ungewöhnliches: Eine Untersuchung der LINKEN im Bundestag hat ergeben, dass im Jahr 2011 in über 100 deutschen Städten und Kreisen Sozialpässe eingeführt waren.

Mit Plagiat gegen Wasserprivatisierung

Nachdem Pläne der EU-Kommission bekannt wurden, wonach die Privatisierung der Trinkwasserversorgung erleichtert werden soll, brachte die Fraktion DIE LINKE einen Antrag ein, in welchem der Kreistag aufgefordert wurde, sich entschieden dagegen auszusprechen.

Nun waren sich ausnahmsweise die Abgeordneten aller Fraktionen darüber einig, dass der Kreistag eben dies tun und sich gegen die EU-Pläne wehren sollte. Bloß: Die regierende Koalition aus CDU, Bündnis90/Die Grünen und Freien Wählern war nicht bereit, dem entsprechenden Antrag der LINKEN zuzustimmen. Was tat sie? Sie brachte einen eigenen Antrag ein, der Wort

Wer auf dem Land wohnt und arm ist, hat zusätzlich ein Mobilitätsproblem. Der Schwund von Versorgungseinrichtungen betrifft nicht nur den Lebensmitteladen im Dorf. Er macht selbst vor den größeren Städten nicht halt, wie die Pläne für die Abschaffung des ärztlichen Notdienstes an Wochenenden in Stadtallendorf und Biedenkopf zeigen.

Wer nach Marburg zum Arzt, zum Landratsamt oder zum Einkauf fahren muss, ist auf den ÖPNV angewiesen. Aber mit Einkommen auf Hartz-IV-Niveau macht man wortwörtlich keine großen Sprünge. In den Grundsicherungsleistungen für den Haushaltsvorstand sind für Verkehrsausgaben monatlich 24 Euro vorgesehen. Ein Pkw ist damit unbezahlbar. Die 19 Euro, die für 18-25-jährige eingeplant sind, reichen gerade, um zweimal im Monat mit dem Bus oder Zug von Schweinsberg, Münchhausen oder Bad Endbach nach Marburg zu fahren.

Der Kreissozialpass soll es deshalb ermöglichen, Busse und Bahnen stark verbilligt oder zum Nulltarif zu benutzen. Es lohnt sich auch, darüber nachzudenken, aus Umwelt- und sozialen Gründen den ÖPNV für alle unentgeltlich zu machen, wie es bereits Hasselt (Belgien), Tallinn (Estland) und Aubagne (Frankreich) vormachen. DIE LINKE hat deshalb Haushaltsmittel für eine entsprechende Studie beantragt.

Bernd Hannemann



Foto: Nico Biver

▲ Die Busse des RNV bieten keine Alternative zum Pkw, dafür sind Taktung und Netz zu unattraktiv. Für Arme sind sie nicht bezahlbar.

Da werden sie geholfen!

Wiederholt standen Mitglieder der erweiterten Kreistagsfraktion der LINKEN Bürger/innen als Ansprechpartner/innen mit Rat und Tat bei Fragen und Problemen rund um die Sozialgesetzbücher oder auch bei allgemeinen, politischen Anliegen zur Verfügung.

Mal war es eine Begleitung zum Kreisjobcenter (KJC), die dafür sorgte, dass Probleme mit Fallmanager/innen ausgeräumt wurden. Oder es wurde gemeinsam ein Brief an das Sozialamt formuliert. Hin und wieder gab auch die Beratungsstelle des DGB-Erwerbslosenkreises Hilfestellung, wenn Ansprüche gegen Ämter angemeldet und durchgesetzt werden mussten. Selbst wenn anwaltliche Hilfe notwendig war: Auch in diesen Fällen konnten Kontakte hergestellt und Tipps eingeholt werden.

Die Liste der kleinen und größeren Erfolge für die Ratsuchenden ist

lang. Zum Beispiel wurde der Versuch des Sozialamtes abgewehrt, die Hilfe zum Lebensunterhalt zu kürzen, weil ein Krankenhausaufenthalt notwendig war. Oder es wurden bei einem Umzug vom KJC die Kosten für die doppelten Mietzahlungen erstritten. Volljährige Kinder erhielten erst auf Nachfrage die Schuljahresstartpakete, oder es wurden Vorschüsse auf zustehende Leistungen durchgesetzt.

Natürlich ist die Hilfestellung nicht in jedem Einzelfall erfolgreich. Aber sehr oft zeigt sich: Ein Blick auf den Bescheid und der Kontakt zu anderen Menschen in vergleichbarer Lage lohnt sich, auch in materieller Hinsicht.

Zur Jahresmitte wird die Fraktion gemeinsam mit dem Kreisverband der LINKEN und mit der Unterstützung eines Anwalts wöchentlich eine Sozialberatung zu einem festen Termin anbieten.

Hajo Zeller

Ingeborg Cernaj

Das Letzte

Verkehrswende ade

Mit dem Verzicht auf die Sperrung der Elisabethstraße für den Pkw-Verkehr bröckelt einer der letzten Bausteine des Verkehrsentwicklungsplanes, der nach intensiver Bürgerbeteiligung 2002 verabschiedet worden war. Von den Maßnahmen, die verhindern sollten, dass die Pkw-Fahrten innerhalb Marburgs von 221.000 im Jahr 1999 auf 243.000 im Jahr 2010 zunehmen, ist – außer Bürgersteigsverbreiterungen und Parkplatzverschiebungen – nicht viel übrig geblieben.

Bereits bei der Beschlussfassung wurden die Schnellbuslinien gestrichen, die die Hauptentlastung bringen sollten. Der Vorschlag, den Pilgrimstein für den Durchgangsverkehr zu sperren, wurde ebenso wenig umgesetzt wie die Umwandlung des Wehrdaer Weges in eine verkehrsberuhigte Straße. Lediglich der Bahnhofsvorplatz soll verkehrsberuhigt werden.

Die Absage der Elisabethstraßensperrung ist der Offenbarungseid der rot-grünen Verkehrspolitik. Der Kotau vor den Gewerbevereinen wird als Bürgerbeteiligung verkauft. Die Behauptung, Verkehrszählungen hätten ergeben, dass die Sperrung nicht mehr möglich sei, unterstreicht den Bankrott dieser Politik. Der zusätzliche Verkehr, der sich wegen DVAG-Zentrum und neuer Parkierungsanlagen in der Bahnhofstraße, auf dem Brauereigelände und am Erlerning planlos in die Stadt ergießt, dient jetzt als Argument dafür, auf Verkehrsberuhigung zu verzichten.

Dieser Rückkehr zum Vorrang des Pkw-Verkehrs entspricht auch die Vernachlässigung seiner Alternativen. Beim ADFC-Fahrradklima-Test landete Marburg auf Platz 237. Auch ein Umstieg auf den Bus ist nicht beabsichtigt. Die gefährlichen Kilometer der Stadtwerke stagnieren seit 10 Jahren und nur durch den Zuwachs bei den Semestertickets können die rückläufigen Fahrgastzahlen kompensiert werden. Nico Biver

Eurokrise: Holzweg in den Abgrund

Die Zahlen der Erwerbslosen in Europa ängstigen. In der Eurozone liegt die Arbeitslosenquote im Februar 2013 bei 12 Prozent – negativer Rekord seit Einführung des Euro. In Griechenland und Spanien sind ein Viertel aller Menschen und mehr als die Hälfte der Jugendlichen ohne Job. Die von Deutschland und Kanzlerin Merkel aufgezwungene Kürzungspolitik verschlimmert die Situation jeden Tag. Auf Dauer wird sich die Bundesrepublik nicht von der Rezession in Europa abkoppeln können. Die Wirtschaftsleistung schrumpfte im letzten Quartal 2012 auch hierzulande und die Prognosen für das Jahr 2013 werden gesenkt.

Dieser sogenannten „Sparpolitik“ liegt die irriige Annahme zu Grunde, eine Volkswirtschaft ließe sich wie ein privater Haushalt führen. Dieser Denkansatz ist so schlicht wie falsch. Ein einzelner privater Haushalt kann dadurch, dass er weniger ausgibt als er einnimmt, Geldvermögen aufbauen oder Verbindlichkeiten (Schulden) abbauen. Für eine Volkswirtschaft als Ganzes gilt dies jedoch nicht, weil in einer Volkswirtschaft die Ausgabe eines Wirtschaftssubjektes gleichzeitig die Einnahme eines anderen Wirtschaftssubjektes ist. Eine Verringerung der Ausgaben eines Sektors (z.B. Staat) führt somit direkt zu einem Rückgang der Einnahmen in der gesamten Volkswirtschaft – es sei denn, ein anderer Sektor (z.B. Unternehmen) verschuldet sich zusätzlich und gibt deshalb mehr aus. Und Rückgang der Einnahmen heißt Rezession und Arbeitslosigkeit. Preisfrage: Welches Unternehmen verschuldet sich zusätzlich freiwillig, wenn die Einnahmen zurückgehen?

Eng verbunden ist dieser verfehlte Politikansatz mit einem weiteren Denkfehler. Alle Welt redet von der „Schuldenkrise“, die wahlweise als Staatsschuldenkrise oder Bankschuldenkrise daherkommt. Bei dieser Betrachtungsweise wird unterschlagen, dass volkswirtschaftlich die Verbindlichkeiten (Schulden) das logisch notwendige Spiegelbild der Forderungen (Geldvermögen) sind. „Guthabenkrise“ ist

somit ebenfalls eine treffende Bezeichnung. Ein Abbau von Schulden ist nur zu haben, wenn gleichzeitig Geldvermögen abgebaut wird.

Nun können Forderungen auf verschiedene Arten reduziert werden. In einer Nacht- und Nebelaktion wie in Zypern, wo zunächst auch die große Mehrheit der Bevölkerung einen Teil ihrer Ersparnisse abgeben sollte, oder durch eine Vermögensabgabe auf große Vermögen. Oder durch Investitionen in Sachwerte, wie zum Beispiel Windräder, Pho-

tolvoltaik oder Stromnetze. Und die beste Art, Geldvermögen abzubauen: Diese erst gar nicht entstehen lassen. Durch die konsequente Rückkehr zu umlagefinanzierten sozialen Sicherungssystemen, durch eine Steuerreform, wie sie DIE LINKE in ihrem Steuerkonzept vorschlägt und durch ein Abkoppeln der Staatsfinanzierung von den Finanzmärkten. Kurz: Neue Wege in der Wirtschafts- und Sozialpolitik sind nötig. Die alten führen direkt in den Abgrund. Hajo Zeller

Ehling in den Bundestag!



Foto: Kerstin Wölter

Janis Ehling ist der Direktkandidat der LINKEN für die Bundestagswahl im Wahlkreis Marburg (171). Der 27jährige wurde am 21. März mit über 90 Prozent Zustimmung von der Kreismitgliederversammlung aufgestellt. Ehling, der seit 2008 in Marburg lebt, ist AStA-Referent und Bundesvorstandsmitglied des Studierendenverbandes SDS.

Der linke Kandidat, der im Um-

Fairteilenbündnis aktiv ist, will sich vor allem gegen Niedriglöhne und Leiharbeit und für eine sozial gerechtes Bildungssystem engagieren.

Da er Schwarz-Gelb und Rot-Grün für austauschbar hält, kommt es für ihn darauf an, das soziale Lager, DIE LINKE, gegen das neoliberale, SPD, CDU/CSU, FDP und Grüne, zu stärken. N.B.

ROSA-LUXEMBURG-CLUB MARBURG (Hg.)

MARBURG RAUF UND RUNTER

Stadtspaziergänge durch Geschichte und Gegenwart



Buchvorstellung:
Mi., 24. APRIL, 20 UHR
TTZ, SOFTWARECENTER 3

Rosa-Luxemburg-Club Marburg (Hg.)
Marburg rauf und runter.
Stadtspaziergänge durch Geschichte und Gegenwart

Beiträge und Fotos von Nico Biver, Ilina Fach, Georg Fülberth, Bernd Hannemann, Bernd Jäger, Godela Linde, Gert Meyer und Jan Schalauske

Marburg 2013, BdWi-Verlag, 167 Seiten (mit zahlreichen Abbildungen), 7,00 EUR

Erhältlich in den Marburger Buchhandlungen oder unter www.bdwi.de.